

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Für eine schnelle und umfassende Unterstützung der Republik Moldau

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Russlands Krieg gegen die Ukraine muss umgehend beendet und die territoriale Integrität der Ukraine wiederhergestellt werden. Zugleich darf sich die russische Aggression nicht ausweiten und unter keinen Umständen auf weitere souveräne Staaten ausgreifen. Deutschland und die EU stehen in der besonderen Pflicht, zum Schutz der Nachbarstaaten Russlands vor einer neuerlichen Aggression beizutragen. Äußerungen des belarussischen Diktators Lukaschenko und die Einschätzungen zahlreicher Experten weisen darauf hin, dass das nächste Ziel russischer Aggression die Republik Moldau sein könnte. Russland beabsichtigt offensichtlich, eine Landbrücke über den Süden der Ukraine zu schaffen.

Moldau leidet bereits seit einem Bürgerkrieg von 1992 bis 1994 unter der faktischen Abspaltung der Region Transnistrien. Für die Moldauerinnen und Moldauer, die in Transnistrien lebten und aus ihrer Heimat in den Kriegswirren flohen, kehrt mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine das Trauma dieser Jahre zurück und die Erinnerungen an den Transnistrien-Konflikt sind wieder präsent. In Transnistrien sind seitdem und immer noch tausende russische Soldaten und Paramilitärs stationiert, zudem lagern dort ca. 20.000 Tonnen verrottender sowjetischer Munition. Die international nicht anerkannten Machthaber in Transnistrien legen ihr Augenmerk auf die Hochrüstung ihrer Streitkräfte und weder auf eine demokratische und rechtstaatliche noch auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der bitterarmen Region.

Angesichts dieser Gemengelage ist es unabdingbar, die Resilienz Moldaus zu erhöhen. Moldau leistet seit dem russischen Überfall auf die Ukraine einen enormen, überproportional großen Anteil bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine. Alle Grenzübergänge zur Ukraine waren von Beginn der Invasion Putins an offen und die Flüchtlinge wurden von den umgehend eigens dafür verstärkten Helferteams in Moldau mit offenen Armen empfangen. Die Menschen in Moldau haben wie unsere polnischen Nachbarn eine bemerkenswerte Generosität, Menschlichkeit und größte Hilfsbereitschaft gezeigt. Neben Frauen und Kindern, die nach Angaben des UNHCR rund 90 Prozent der Flüchtlinge ausmachen, sind ein großer Teil der Ankommenden ältere Menschen, die Medikamente und gesundheitliche Versorgung umgehend und dringend benötigen. Unter ihnen sind chronisch kranke Menschen, denen die Flucht bei winterlichen Temperaturen und schlechter Nahrungsmittelversorgung besonders viel

abverlangte. Die Flüchtlinge werden privat und in Flüchtlingsunterkünften untergebracht und versorgt. Es fehlt an Krankentransporten und gesundheitlicher sowie psychosozialer Betreuung.

Ein hohes Risiko und aufgrund dessen ein besonderer Schutzbedarf besteht für die geflüchteten Frauen und Kinder vor Menschenhändlern und sexueller Ausbeutung und Missbrauch in Moldau und in allen Ankunftsändern, auch in Deutschland.

Die Pro-Kopf-Flüchtlingsrate ist nirgendwo so hoch wie in Moldau mit seinen 2,6 Millionen Einwohnern. Sollten russische Soldaten die ukrainische Großstadt Odessa belagern, dessen Hafen auch wirtschaftlich für Moldau von hoher Bedeutung ist, ist mit weiteren hunderttausenden Flüchtlingen in Moldau und mit einem signifikanten Anstieg des humanitären Hilfsbedarfs zu rechnen.

Deutschland steht in der besonderen Pflicht, Moldau in der gegenwärtigen Situation zu unterstützen. Am 30. April dieses Jahres jährt sich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten zum 30. Mal. Die von der Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock angekündigte Überführung von 2500 ukrainischen Flüchtlingen aus Moldau nach Deutschland ist wichtig, angesichts der Flüchtlingszahlen in Moldau aber nur eine symbolische Geste. Deutschland muss mehr leisten, als eine symbolische „Luftbrücke“ einzurichten. Auch die Zusagen des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell am 3. März dieses Jahres waren ein Tropfen auf dem heißen Stein, verglichen mit dem unmittelbaren Bedarf Moldaus und der drängenden Notwendigkeit, in die Zukunft Moldaus zu investieren.

Die Einladung der Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock zur Unterstützungskonferenz am 5. April 2022 in Berlin anlässlich der Einführung der Moldau-Unterstützungsplattform, die zusammen mit Frankreich und Rumänien gegründet wurde, war ein begrüßenswerter Schritt, dem jedoch konkrete Umsetzungsmaßnahmen im Nachgang zur Konferenz folgen müssen.

Die Regierung Moldaus unter Staatspräsidentin Maia Sandu und Premierministerin Natalia Gavrilița hat sich klar für einen europäischen Kurs der Republik Moldau entlang von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Marktwirtschaft ausgesprochen. Die großen Opfer des moldauischen Volks in der aktuellen Krise unterstreichen, wo sich Moldau zurecht sieht: In der Mitte Europas und der EU. Deshalb ist der Anschluss Moldaus an das Stromnetz der EU ein völlig richtiger Schritt gewesen, dem weitere folgen müssen.

II. Daher fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,

1. die Resilienz der Republik Moldau gegenüber Destabilisierungsversuchen Russlands systematisch zu stärken;
2. vor dem Hintergrund der Sorge Moldaus vor einem erneut aufflammenden militärischen Konflikt mit der abtrünnigen Region Transnistrien, die Einhaltung des Völkerrechts und des humanitären Völkerrechts einzufordern;
3. Moldau nach Kräften, u. a. mit Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit und auch mit Mitteln der Budgethilfe, systematisch bei der Bewältigung der Flüchtlingsaufnahme zu unterstützen;
4. die Mittel der humanitären Hilfe an Moldau sofort und umfassend zu erhöhen, weit über die national bislang zugesagten neuen Mittel von 3 Millionen Euro hinaus;
5. die Moldau-Unterstützungsplattform zur zentralen internationalen Koordinierungsplattform für die Unterstützung Moldaus auszubauen;
6. internationale und lokale Hilfsorganisationen in Moldau unbürokratisch und umfassend zu unterstützen, indem u. a. dringend benötigte Krankenwagen und medizinisches Material zur Verfügung gestellt werden;

7. das Gesundheitssystem Moldaus nach Kräften bei der Bewältigung dieser humanitären Herausforderung zu unterstützen;
8. der moldauischen Wirtschaft bei der Erschließung des europäischen Markts nach dem Einbruch des ukrainischen Markts zu helfen;
9. die Einrichtung eines Investitionsfonds u. a. im Rahmen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zu prüfen, um langfristig Arbeitsplätze in Moldau zu schaffen;
10. sich bei der EU, der Weltbank und dem IWF dafür einzusetzen, die Makrofinanzhilfen und andere schnell abfließende Finanzierungen für Moldau schnell und sehr deutlich aufzustocken;
11. alle Maßnahmen zum Schutz insbesondere von Frauen und Kindern auf der Flucht zu ergreifen, um Menschenhandel, sexuelle Ausbeutung und Missbrauch umfassend zu verhindern;
12. von der moldauischen Regierung angeforderte rumänischsprachige Verwaltungs-, Justiz- und Logistikexperten zu entsenden und eine solche Entsendung für Angehörige des öffentlichen Dienstes durch attraktive Rahmenbedingungen zu ermöglichen und zusätzlich eine Entsendung rumänischer Experten finanziell zu unterstützen;
13. die moldauischen Sicherheitsbehörden insbesondere in den Bereichen Gegenspionage und Sabotageschutz zu ertüchtigen und die nachrichtendienstlichen Fähigkeiten auszubauen;
14. sich für eine Anerkennung Moldaus als Beitrittskandidat der EU entlang der geltenden Kriterien einzusetzen;
15. einen strategischen Dialog mit der moldauischen Regierung über die Möglichkeiten zur Resilienzsteigerung zu beginnen;
16. sich für die Erstellung einer kohärenten und umfassenden Resilienzsteigerungsinitiative Moldaus der EU einzusetzen;
17. innerhalb der G7 für eine umfassendere und abgestimmte Unterstützung Moldaus zu werben;
18. sich dafür einzusetzen, Moldau über das Stromnetz hinaus noch mehr an die europäische Infrastruktur anzuschließen;
19. umfassende und in der EU abgestimmte Sanktionen gegen Vertreter der sogenannten „Transnistrischen Moldauischen Republik“ zu verhängen, sollten diese Maßnahmen ergreifen, die die Situation destabilisieren;
20. an in Transnistrien wohnhafte Personen ausgestellte russische Pässe nicht mehr anzuerkennen;
21. die Präsenz des THW in Moldau weiter zu stärken;
22. die Projekte der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit in Moldau zum Kapazitätsausbau über Ende 2022 hinaus zu unterstützen und eine Ausweitung unmittelbar zu prüfen;
23. sich für eine Aufstockung der in Moldau präsenten „eingebundenen Teams“ der EU einzusetzen;
24. die moldauische Regierung beim Aufbau eigener Mittel der strategischen Kommunikation zu unterstützen;
25. die im Zuge des Reformprozesses „BMZ 2030“ vorgenommene Einstufung Moldaus als „bilaterales Transformationspartnerland“ ernst zu nehmen und umfassend durch Projekte und Maßnahmen zu unterlegen;
26. eine größere Präsenz in der Region Gagausien zu entwickeln und die moldauische Regierung in der Entwicklungsarbeit dort zu unterstützen;

27. auf eine rasche Durchführung der von der EU angekündigten EPF-Unterstützungsmaßnahme für Moldau zu drängen;
28. in konkrete Gespräche mit der rumänischen Regierung einzutreten und diese als zentralen Akteur im Umgang mit der Republik Moldau transparent und von Beginn an eng einzubinden;
29. die klar proeuropäische Haltung der Regierung Moldaus zu unterstützen und durch erstmalige deutsch-moldauische Regierungskonsultationen unter Beweis zu stellen.

Berlin, den 5. März 2022

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion